



Regierungserklärung

des Staatsministers

für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung

und Kultur,

Professor Dr. E. Jürgen Zöllner

„Wissen schafft Zukunft - Perspektiven der rheinland-pfälzischen Hochschulen in einer Hochschullandschaft im Umbruch“

**in der 109. Plenarsitzung
am 15. Februar 2006**

im Landtag Rheinland-Pfalz

Es gilt das gesprochene Wort

1. Einleitung

Anrede

Eine Regierungserklärung im letzten Plenum einer Wahlperiode? Ja! Ich habe mich dazu entschlossen. Die wissenschaftspolitischen Entscheidungsabläufe in der Republik in den nächsten Monaten erfordern *jetzt* eine Positionierung von Rheinland-Pfalz.

Das deutsche Wissenschaftssystem steht vor den größten Umbrüchen seit Jahrzehnten. Als Stichworte seien hier beispielhaft nur die Einführung von Studiengebühren in einigen Ländern, die Auswirkungen der Föderalismusreform, die Umsetzung der Exzellenzinitiative oder die Ankündigung eines Hochschulpakts genannt.

Der gesamte Prozess berührt unmittelbar die Zukunfts- und Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen, die auf der Einheit von Forschung und Lehre und auf dem untrennbaren Zusammenhang von Breite und Spitze beruht.

Diese Begriffspaare stehen zur Disposition. Die Folgen davon sind immens. Sie verändern nicht weniger als die Gesamtkoordinaten und damit die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftssystems dieser Republik.

Vor diesem Hintergrund müssen wir in Rheinland-Pfalz unseren Standpunkt deutlich machen und versuchen, den Prozess entsprechend zu beeinflussen. All diese strukturellen Weichenstellungen haben auch erhebliche finanzielle Auswirkungen. Milliarden, die bei der Umsetzung der Föderalismusreform und bei einem Hochschulpakt neu verteilt werden, müssen adäquat auch rheinland-pfälzischen Hochschulen zugute kommen.

2. Aufsteigerland Rheinland-Pfalz – auch in der Wissenschaftspolitik

Diesen Umbruch gestalten wir hierzulande durch eine vorausschauende Wissenschaftspolitik aktiv. Wir reagieren nicht nur, sondern agieren.

2.1 Innovationsoffensive *Wissen schafft Zukunft*

Wir haben den Hochschul- und Forschungsstandort Rheinland-Pfalz spürbar ausgebaut und damit die Grundlagen für gute Bildung und Ausbildung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelegt.

Ich freue mich sehr, dass die rheinland-pfälzische CDU dies ähnlich sieht. Ich darf aus einem Interview zitieren, das der CDU-Vorsitzende Dr. Christoph Böhr Ende des Jahres 2004 der Nachrichtenagentur ddp gegeben hat. Da sagt er wörtlich: „Wir haben in Rheinland-Pfalz sehr gute Voraussetzungen durch unsere Hochschulen.“ Ich will nicht verschweigen, dass er im Folgesatz eine bessere Umsetzung von Forschungsergebnissen in Produkte einfordert. Das mag sogar richtig sein, verehrter Herr Dr. Böhr. Aber Ihr positives Urteil über den Hochschulstandort Rheinland-Pfalz habe sicher nicht nur ich gerne vernommen.

Rheinland-Pfalz investiert nicht mit der Gießkanne, sondern zielgerichtet in seine wissenschaftlichen Einrichtungen. Dies kommt auch in unserem Hochschulprogramm *Wissen schafft Zukunft* zum Ausdruck – einer Innovationsoffensive, um die uns viele, ich möchte sagen, die meisten anderen Länder beneiden. Dort werden die Mittel für Wissenschaft und Forschung teils zusammengestrichen, teils stagnieren sie. Wir hingegen satteln mit den 125 Millionen, die wir den Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen bis zum Jahr 2009 zusätzlich zur Verfügung stellen, kräftig drauf.

Mein Dank gilt an dieser Stelle noch mal allen Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus, die dies ermöglicht haben. Ich darf Ihnen sagen, dass unsere Hochschulen darüber sehr erfreut sind. Einerseits in materieller Hinsicht, weil viel Geld fließt. Andererseits aber auch, weil Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, damit die vorzügliche Arbeit unserer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler würdigen – und das wiegt nicht weniger als die materielle Seite.

2.2 Wissenschaftspolitik gemeinsam mit den Betroffenen

Ich möchte an dieser Stelle nicht akribisch unsere Arbeit der vergangenen Jahre bilanzieren. Ich möchte nicht auf die vielen Veränderungen eingehen, von der Verselbstständigung des Klinikums bis hin zur leistungsorientierten Mittelzuteilung wie MBM und PBK, die bundesweit als Vorbild dienen. Ich möchte Ihnen exemplarisch nur zwei, wie ich finde, wegweisende Beispiele für eine Wissenschaftspolitik benennen, bei der es um Inhalte geht und die Betroffene zu Beteiligten macht.

Mein Dank gilt dabei den Hochschulen für die gemeinsamen Anstrengungen. Da ist zum einen die Reform der Lehrerbildung. Uns wird vielfach bescheinigt, dass kein anderes Land die Herausforderungen unserer Zeit auf diesem Sektor so entschlossen anpackt. Unsere derzeitige Lehrerbildung ist keineswegs schlechter als die in anderen Ländern. Aber einen Veränderungsbedarf kann meines Erachtens niemand verneinen, sowohl bei uns als auch im Rest der Republik. Wir wollen und müssen künftige Lehrerinnen und Lehrer noch besser als bislang auf die Arbeit in der Schule vorbereiten.

Lehrerbildung ist kein Selbstzweck, sondern dient nur einem einzigen Zweck: dem guten Unterricht. Also dem, was den Schülerinnen und Schülern am besten gerecht wird, um sie optimal zu fördern und zu fordern, zu erziehen und auszubilden. Dem entsprechen wir mit unserem *Dualen Studien- und Ausbildungskonzept*, das wir im breiten Konsens entwickelt haben und derzeit mit Hochdruck umsetzen.

Ein anderes Beispiel für ein engagiertes, faires und zielorientiertes Miteinander sind die Strukturreformen im Bereich der Fachhochschulen. Mit einem Bündel von Maßnahmen entwickeln wir sie qualitativ weiter. Auf diese Maßnahmen haben wir uns nach einem intensiven, ergebnisoffenen Diskussionsprozess verständigt. Nicht nur die Angehörigen der Fachhochschulen haben sich in diesen Prozess eingebracht, sondern auch Interessenvertreter vor Ort. Das war gut so, das war vital, das war gelebte Demokratie. Vor allem kam darin eine deutliche Identifikation der jeweiligen Region mit ihrer Fachhochschule zum Ausdruck.

Das ist deshalb wichtig, weil sich dieses Land bewusst machen muss, dass Wissenschaftspolitik zugleich Standortpolitik ist. Von jedem Euro, den wir den Hochschulen zur Verfügung stellen, profitiert die Region, profitiert das ganze Land. Dass Rheinland-Pfalz wirtschaftlich so gut dasteht, wie dies viele aktuelle Studien ausweisen, hängt auch damit zusammen, dass wir kräftig in die Infrastruktur des Geistes investiert haben und weiter investieren werden.

2.3 Forschungsprojekt „Hochschule und Region“

Hochschulen sind eben keine weltabgewandten Elfenbeintürme, sondern geistige Produktionsstätten, die dafür sorgen, dass wir auch morgen noch in Wohlstand leben können.

Das Forschungsprojekt der Universitäten Kaiserslautern, Mainz und Trier zu den regionalwirtschaftlichen Wirkungen der Hochschulen und Forschungsstätten belegt, dass 560 Millionen Euro für den Bau und Betrieb dieser Einrichtungen mindestens 1,5 Milliarden Umsatz generieren. Unsere Wissenschaftsausgaben sichern ohne Klinikum mehr als 20.000 Vollzeit Arbeitsplätze im Land, wovon der größte Teil – rund 12.000 Arbeitsplätze – im Handel, dem Dienstleistungssektor und anderen Branchen entsteht. Hätte es einer Legitimation für unsere Kraftanstrengungen im Bereich der Wissenschaft bedurft, dieses Projekt hätte sie erbracht. Wissen schafft Zukunft, weil Wissen eben auch Arbeitsplätze schafft.

3. Entwicklung der Studierendenzahlen

Die Entwicklung der Studierendenzahlen belegt eindrucksvoll, wie attraktiv und leistungsfähig unsere Universitäten und Fachhochschulen sind.

3.1. Unterschiedliche Entwicklungen in den Ländern

In Rheinland-Pfalz ist die Zahl der Studierenden von 1994 bis 2004 um 22 Prozent gestiegen. In diesem Zeitraum verzeichnete zum Beispiel Baden-Württemberg

lediglich einen Anstieg um 2,6 Prozent, während er in Bayern sogar um 2,4 Prozent sank. Festzuhalten bleibt: Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren, liegt auf Platz eins der alten Flächenländer.

Laut der vorläufigen Statistik des Statistischen Landesamtes studieren seit dem gegenwärtigen Wintersemester so viele Frauen und Männer wie nie zuvor an unseren rheinland-pfälzischen Hochschulen. Mit einer Gesamtzahl von 101.516 Studierenden haben wir erstmals die magische 100.000-Marke übersprungen.

Uns ist es gelungen, Rheinland-Pfalz zu einem Importland von Studierenden zu machen. Ich bin stolz darauf, unsere Hochschulen können stolz darauf sein, dass mehr junge Menschen aus anderen Ländern zu uns studieren kommen als sich außerhalb unserer Grenzen einschreiben.

Hatten wir noch im Jahr 1993 ein Negativsaldo von insgesamt 6.353 Studierenden, hat sich diese Entwicklung ins Gegenteil verkehrt. Im Jahr 2004 hatten wir ein Positivsaldo von 8.823 Studierenden. Kein anderes Land kann einen solchen Verlauf innerhalb dieses Zeitraums aufweisen. Auch hier gilt, meine Damen und Herren: Wir stehen damit heute auf Platz eins aller alten Flächenländer!

Diese höchst erfreulichen Fakten sind Anerkennung für die erfolgreiche Arbeit der vergangenen anderthalb Jahrzehnte. Wir können es aber nicht zulassen, dass wir, die wir bemüht sind, Studienangebote qualitativ und quantitativ weiter auszubauen, die Rechnung begleichen, vor der sich andere drücken. Wir können es nicht zulassen, dass unser Grundsatz eines gebührenfreien Erststudiums zu einem Massenansturm auf unsere Hochschulen führt, der ohne Korrektiv irgendwann nicht mehr zu verkraften sein wird und der die grundgesetzlich geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Frage stellt.

3.2 Fehlende Anreize für den Ausbau der Lehre

Dabei besteht kein Zweifel daran, dass wir in Deutschland mehr Studierende brauchen – und auch bekommen werden. Die Kultusministerkonferenz und der

Wissenschaftsrat fordern Bund und Länder deshalb zu einem gewaltigen Ausbau der Hochschulen auf.

Nach einer Prognose der Kultusministerkonferenz wird die Zahl der Studierenden im Jahr 2020 bundesweit bei rund 2,7 Millionen und damit um rund 20 Prozent über dem heutigen Stand liegen.

35 Prozent eines Altersjahrgangs möchte der Wissenschaftsrat künftig als Jungakademiker von den Hochschulen ins Berufsleben entlassen. Zum Vergleich: Gegenwärtig sind dies knapp 20 Prozent. Um all dies zu leisten, sei ein Ausbau der Studienplätze um 25 bis 30 Prozent notwendig.

Hinsichtlich der künftigen Finanzierung des Hochschulsystems ruft der Wissenschaftsrat Bund und Länder zu einer neuen Grundsatzdebatte auf. Während im föderalen Wettbewerb Forschungsinvestitionen der Länder durch zusätzliche Bundesmittel erheblich belohnt würden, gebe es bei Studium und Lehre keine ausreichenden Anreize für die bedarfsgerechte Bereitstellung zusätzlicher Studienplätze. Dies könne dazu führen, dass Länder zu Lasten der Ausbildung Gelder in die Forschung umlenken.

Recht hat er, der Wissenschaftsrat. Denn es gibt eine enge Korrelation zwischen den unterschiedlichen Anstrengungen einzelner Länder in den Bereichen Forschung und Lehre.

4. Entwicklung der Forschung

Lassen Sie mich nun, da ich Ihnen die Entwicklung im Bereich der Lehre dargestellt habe, die Forschung in den Blick nehmen.

4.1 Forschung in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren seine Forschungsinfrastruktur erheblich ausgebaut. Hochrangig besetzte, gut ausgestattete und national wie

international beachtete Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Hochschulen haben Rheinland-Pfalz einen hervorragenden Ruf als modernes und innovatives Land eingetragen.

Die ersten beiden Fraunhoferinstitute in Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2001 gegründet. Das Fraunhoferinstitut für Techno- und Wirtschaftsmathematik hat mittlerweile eine Außenstelle in Schweden, das Fraunhoferinstitut für experimentelles Softwareengineering hat Außenstellen in den USA und in Ungarn. Damit tragen diese beiden Neugründungen in erheblichem Maße auch zur internationalen Vernetzung des Standorts bei.

Mit diesen gezielten Investitionen und Ausbauansätzen sind in ehemals strukturschwachen Regionen unseres Landes - zum Beispiel in Kaiserslautern - Wachstumskerne entstanden, die langfristig die Zukunft unseres Landes sichern. Unternehmen finden Kooperationspartner für ihre Forschungsvorhaben, durch Aus- und Neugründungen von Instituten entstehen zukunftsgerichtete Arbeitsplätze, Nachfrage und Umsätze der regionalen Wirtschaft steigen.

Ein weiterer Beleg für die forschungspolitische Attraktivität des Landes ist die im Jahr 2004 getroffene Entscheidung der Max-Planck-Gesellschaft, in Kaiserslautern ein Max-Planck-Institut für Softwaresysteme als Teil eines gemeinsamen Instituts mit Saarbrücken zu gründen. Gemeinsam mit der Forschungskompetenz der TU Kaiserslautern, den beiden Fraunhoferinstituten und dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz wird die Region – und damit das ganze Land – zu einem weltweit sichtbaren Zentrum für die Informationstechnologie ausgebaut.

Wir haben all dies unter schwierigen Bedingungen geleistet. Damit meine ich nicht nur die angespannte Finanzsituation des Landes. Ich meine damit die Verteilung von Forschungsmitteln des Bundes.

Es wundert nicht, dass Bayern und Baden-Württemberg die großen Gewinner der Ersten Antragsrunde der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern sind. Mit Hilfe der

überregionalen Forschungsförderung des Bundes haben diese beiden Länder bis in den 80er Jahre hinein eine beachtliche Forschungsinfrastruktur aufbauen können. Auf dieser Grundlage haben sie ihre Forschungskapazitäten deutlich ausgeweitet, während ihr Studienplatzangebot, wie ich bereits aufgezeigt habe, stagniert oder sogar rückläufig ist.

Dies ist mit Blick auf die gesamtstaatliche Verantwortung, die wir als Länder auch haben, nicht befriedigend. Wir brauchen auch das 2. Standbein, den qualitativen und quantitativen Ausbau von Studienplätzen. Sonst wird eines Tages Spitzenforschung nicht mehr möglich sein.

Um nicht missverstanden zu werden: Für mich ist die Exzellenzinitiative von Bund und Ländern ein wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung des deutschen Wissenschaftssystems. Mir sei in aller Bescheidenheit der Hinweis gestattet, dass die Landesregierung die Ausgestaltung dieses Zukunftsprogramms ganz entscheidend beeinflusst hat.

Ich bin mir sicher, dass es unserer Wissenschaftslandschaft einen entscheidenden Schub bringt – nicht zuletzt auch bei uns in Rheinland-Pfalz. Ich sage dies ganz bewusst vor dem Hintergrund des nicht zufrieden stellenden Abschneidens unserer Hochschulen in der ersten Antragsrunde. Ich mache überhaupt keinen Hehl daraus, dass ich ein besseres Ergebnis erwartet hätte. Aber ich warne vor leichtfertigen Urteilen.

Wir müssen zunächst einmal die Expertisen der Gutachter abwarten – und entsprechende Schlüsse daraus ziehen.

Niemand sollte verzagen. Vielmehr wünsche ich mir, dass unsere Hochschulen den Ehrgeiz haben, aus der Zweiten Runde erfolgreicher hervorzugehen. Unsere Hochschulen sind gut, und sie werden dies auch noch bei der Exzellenzinitiative zeigen. Der Unterstützung des Landes, nicht zuletzt durch Fördermittel des rheinland-pfälzischen Exzellenzprogramms im Rahmen von *Wissen schafft Zukunft*, können sie auch weiterhin gewiss sein.

4.2 Schieflage in der gemeinsamen Forschungsförderung

Zu einfach macht es sich jedenfalls, wer wie die Opposition meint, das Abschneiden unserer Universitäten sei eine Folge ihrer angeblichen Unterfinanzierung. Das Ergebnis ist in der Tat in erheblichem Maße auf Finanzentwicklungen zurückzuführen. Aber damit meine ich eben weniger die Mittel, die jedes Land in seine Forschungsinfrastruktur investiert, sondern eine Schieflage in der gemeinsamen Forschungsförderung von Ländern und Bund. Von dieser profitieren einige Länder überproportional – und zwar auf Kosten der anderen.

Der Betrag, den zum Beispiel Baden-Württemberg überdurchschnittlich durch die überregionale Forschungsförderung des Bundes erhält, ist größer als die gesamten Mittel des Länderfinanzausgleichs für Rheinland-Pfalz. Diese Einseitigkeit, meine Damen und Herren, verhindert genau jenen Wettbewerbsföderalismus, der so lauthals gefordert wird.

Zusammengefasst lautet der Befund wie folgt: Wir haben Rheinland-Pfalz in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten auch in der Wissenschaftspolitik zu einem Aufsteigerland gemacht.

Junge Menschen aus allen Teilen Deutschlands und aus vielen anderen Staaten strömen an unsere Hochschulen. Sie wissen, dass sie dort gute Studienbedingungen vorfinden und auf hohem Niveau ausgebildet werden.

Auch in Sachen Forschung sind wir dabei das aufzuholen, was vor allem bis in die 80er Jahre hierzulande nicht realisiert wurde. Wir müssen und wir werden uns in diesem Bereich in Zukunft weiter besonders anstrengen.

Dazu sind wir aber mehr denn je auf bundesweite Rahmenbedingungen angewiesen, die unsere Anstrengungen als Land nicht konterkarieren. In genau dieser Situation aber befindet sich unser deutsches Wissenschaftssystem gegenwärtig. Wenn jetzt zum Beispiel bei der Verlagerung der Hochschulbaufördermittel des Bundes und der

Etablierung eines Hochschulpakts Einseitigkeiten weiter verstärkt werden, werden die mittel- bis langfristigen Folgen bedrohlich sein.

Bei allem notwendigen Ehrgeiz, uns mit den derzeit Besten der Welt messen zu wollen, dürfen wir nicht übersehen, dass das Fundament zu bröckeln droht, auf dem wir Spitzenleistungen überhaupt nur erbringen können.

5. Perspektiven für Rheinland-Pfalz und Deutschland

Anrede

Aus den hier beschriebenen Sachverhalten ergeben sich aus Sicht der Landesregierung folgende Konsequenzen – einerseits bezogen auf Rheinland-Pfalz, andererseits in Bezug auf Deutschland. Wir brauchen

1. eine Finanzierung der Hochschulen, die ihrem Auftrag entspricht und die ihre Wettbewerbsfähigkeit sicherstellt.
2. Wir brauchen veränderte, das heißt faire Rahmenbedingungen, die einen qualitativen und quantitativen Wettbewerb in Forschung und Lehre – ich betone: und Lehre - ermöglichen.

5.1 Finanzperspektive der Hochschulen

Ein Blick in die Haushaltspläne der vergangenen anderthalb Dekaden belegt, dass die sozial-liberale Landesregierung auch in finanzieller Hinsicht einen deutlichen Schwerpunkt auf die Wissenschaftspolitik gelegt hat.

5.1.1 Verstetigung der Hochschulausgaben

Von 1991 bis 2004 hat das Land seine Ausgaben für die Hochschulen um 59,4 Prozent erhöht – von rund 330 Millionen Euro auf 525,5 Millionen Euro. Im selben Zeitraum sind die bereinigten Gesamtausgaben des Landes nur um 31,2 Prozent gewachsen. Auch im Doppelhaushalt 2005/2006 hat das Land seine

Hochschulausgaben erhöht. Sie liegen im Jahr 2006 9,6 Prozent über denen des Jahres 2004.

Zum Vergleich: Die bereinigten Gesamtausgaben des Landes steigen lediglich um 1,1 Prozent.

Wir werden diese Entwicklung verstetigen. Notwendig ist es deshalb, das Hochschulprogramm *Wissen schafft Zukunft* über den ursprünglich beschlossenen Zeitraum 2005 bis 2009 hinaus fortzuführen. Dieses Programm ermöglicht Impulse und Initiativen, die den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz weiter voranbringen.

5.1.2 Beibehaltung der Studiengebührenfreiheit und studienplatzbezogene Hochschulfinanzierung

Letzteres werden wir mit Studiengebühren eindeutig nicht erreichen. Wir brauchen mehr, nicht weniger Studierende. Die Einführung von Studiengebühren widerspricht diesem volkswirtschaftlich notwendigen Ansinnen. Sie schreckt junge Frauen und Männer vom Studium ab, statt sie dazu zu ermuntern.

Auf der Grundlage des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes vor fast genau einem Jahr haben einige CDU-geführte Länder die Einführung von Studiengebühren angekündigt. Ich halte dies für falsch. Studiengebühren sind eine inopportune Antwort auf die Herausforderungen der Wissensgesellschaft.

Ich bin deshalb meinem Ministerpräsidenten und meinen Ministerkolleginnen und -kollegen dankbar, dass Rheinland-Pfalz diesbezüglich eine eindeutige Haltung einnimmt. Ein Ministerratsbeschluss vom 25. Januar 2005 dokumentiert dies.

Wir möchten jungen Menschen auch weiterhin ein gebührenfreies Erststudium auf der Basis von Studienkonten ermöglichen. Diese Zielsetzung ist Richtschnur unseres Handelns – auch nach dem Verfassungsgerichtsurteil.

Mich alarmiert, dass in Deutschland der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger im abgelaufenen Jahr gesunken ist, wie dies der Bericht des Statistischen Bundesamtes ausweist. 2005 sank die Quote auf 36,7 Prozent, nachdem sie seit 2001 von damals 32 Prozent auf 37,1 Prozent im Jahr 2004 angestiegen war. Das ist zwar nur ein leichter Rückgang, aber ein Rückgang. Zum Vergleich: Der OECD-Durchschnitt beträgt 53 Prozent. Für mich belegt dies, dass die von den unionsgeführten Ländern angeführte Gebührendiskussion bereits Wirkung zeigt.

Unseres Erachtens bietet das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die einmalige Chance, den längst überfälligen Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung einzuleiten.

Studiengebühren stellen keinen Anreiz dar, die Anzahl der Studienplätze auszubauen. Sie decken nur einen geringen Prozentsatz der realen Kosten ab, die pro Studienplatz anfallen. Wenn nun der Staat die restlichen Kosten nicht eins zu eins übernimmt, entstehen auf Seiten der Hochschulen Fehlbeträge. Dass deren Leitungsgremien dies nicht zulassen werden, liegt auf der Hand. In der Folge werden Studienplätze abgebaut und verknappt.

Nur eine staatlich garantierte Finanzierung der Hochschulen über die notwendigen Kosten für einen in Anspruch genommenen Studienplatz kann das Problem lösen. Rheinland-Pfalz jedenfalls wird, wie so oft, in diesem Bereich die bundesweite Vorreiterrolle einnehmen.

Wir werden eine studienplatzbezogene Finanzierung – aufbauend auf der leistungs- und belastungsorientierten Mittelzuweisung - für unsere Hochschulen im nächsten Jahr einführen. Einzelheiten dazu werden derzeit in meinem Haus vorbereitet. Wir möchten und wir werden zeigen, dass ein solches Finanzierungssystem den Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördert und somit zur Weiterentwicklung des gesamten Wissenschaftssystems beiträgt.

Aber wir befinden uns nicht auf einer Insel. Gesamtstaatliche Rahmenbedingungen müssen verändert werden.

5.2 Faire Rahmenbedingungen für den Wettbewerb in Forschung und Lehre

Die in Deutschland seit Humboldt befolgte Einheit von Forschung und Lehre, von Breite und Spitze ist gefährdet. Sie ist dadurch gefährdet, dass einige Länder ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung nicht gerecht werden, indem sie nicht ausreichend für Studienplätze sorgen, junge Menschen durch Studiengebühren sogar noch vom Studium abschrecken. Sie ist zusätzlich dadurch gefährdet, dass die Verteilung von Bundesmitteln zur Forschungsförderung die historisch bedingte Kluft zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern vertieft.

Ich rede nicht der Gleichmacherei das Wort. Wir brauchen aber Länder übergreifend Rahmenbedingungen in Forschung und Lehre, die einen qualitativen und quantitativen Wettbewerb in diesem Bereich überhaupt erst ermöglichen. Dafür wird sich diese Landesregierung weiter mit aller Kraft einsetzen.

5.2.1 Studienplatzbezogene Finanzierung und Vorteilsausgleich

Wir brauchen die Exzellenzinitiative in der Forschung. Wir brauchen aber ebenso sehr etwas Vergleichbares für die Lehre.

Rheinland-Pfalz hat dazu einen entsprechenden Vorschlag in die Kultusministerkonferenz eingebracht. Wir plädieren für einen Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung, der auf zwei Säulen beruht. Wir müssen zum einen den Hochschulen seitens des Staates die notwendigen Basiskosten von besetzten Studienplätzen zur Verfügung stellen. Für deren Finanzierung muss über einen Vorteilsausgleich – und dies ist die zweite Säule – dasjenige Land aufkommen, aus dem die Studierenden kommen, nicht dasjenige, das Studienplätze zur Verfügung stellt. Dieses Verursacherprinzip ist in vielen anderen Bereichen gang und gäbe. Warum nicht in der Hochschulpolitik?

Jedes Land bekommt dann Geld für die Abiturienten, die aus einem anderen Land an seine Universitäten strömen. Die Zeiten, in denen Studierende vor allem als

finanzielle Last betrachtet werden, wären dann endgültig vorbei. Vielmehr würde ein Wettbewerb um kluge Köpfe einsetzen.

Gerade jene Länder, die Studiengebühren einführen wollen, müssen ein Interesse an verbindlichen länderübergreifenden Regelungen haben. Sonst ignorieren sie das Urteil der Karlsruher Richter, das auf die Wahrung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse verweist.

Ich appelliere deshalb an die Kolleginnen und Kollegen der CDU in diesem Haus: Tragen Sie dazu bei, Kleinstaaterei zu verhindern. Setzen Sie sich bei ihren Parteifreunden für ordnungspolitisch verantwortungsvolle und effiziente Rahmenbedingungen im Hochschulbereich ein.

Es wäre notwendig, dass Sie, verehrter Herr Dr. Böhr, in Ihrer Eigenschaft als stellvertretender Bundesvorsitzender in Ihrer Partei Zustimmung zu einer länderübergreifenden Regelung organisieren. Nur mit einer solchen Regelung wird die Studiengebührenfreiheit dauerhaft zu verwirklichen sein. Nur so können Sie glaubhaft machen, dass Ihr etwas überraschendes Bekenntnis für ein gebührenfreies Studium nicht nur dem Wahltermin im März geschuldet ist.

Lassen Sie mich in diesem Kontext aus einem höchst aufschlussreichen Artikel zitieren, der vor weniger als einem Jahr, am 21. März 2005, in der Rhein-Zeitung zu lesen war. Da heißt es, ich zitiere: „Wer bessere Hochschulen will, kommt an Studiengebühren als Bestandteil eines innovativen Finanzierungssystems nicht vorbei.“ Der Autor dieses Gastbeitrags sitzt unter uns: es ist Dr. Adolf Weiland, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und seit vorgestern im Kompetenzteam von Herrn Dr. Böhr zuständig für die Bildungspolitik.

Fragt sich, ob Herr Weiland damit nicht doch die Mehrheitsmeinung innerhalb der rheinland-pfälzischen CDU auf den Punkt gebracht hat.

5.2.2 Hochschulpakt

Ein entscheidender Durchbruch zur Verbesserung der Lehrsituation könnte im Zusammenhang mit dem Hochschulpakt erfolgen. Er soll in den nächsten 2 Monaten erarbeitet werden.

Erklärtes Ziel des Bundes ist es, im Wissen um die Wechselbeziehung von Forschung und Lehre gemeinsame Anstrengungen hinsichtlich der Bereitstellung von mehr Studienplätzen zu unternehmen.

Hier bietet sich meines Erachtens die einmalige Chance, dass der Bund einen verfassungskonformen, relevanten Beitrag zum Ausbau der Hochschulen leisten könnte. Der Bund ist ohne Zweifel für Auswärtiges und Entwicklungshilfepolitik zuständig. Dies bedeutet, wenn man nur will, dass er im Rahmen eines Vorteilsausgleichs zum Beispiel die Kosten für die Studierenden aus Entwicklungsländern übernehmen könnte.

Dies, und soweit ich sehe nur dies, wird dem Ziel gerecht und bringt den Hochschulen – je nach Ausgestaltung – mehr Mittel zum qualitativen und quantitativen Ausbau der Lehre.

5.2.3 Abkehr von der multilateralen DFG-Finanzierung

Ich begrüße im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ausgestaltung dieses Hochschulpakts die Überlegungen hinsichtlich einer Vollkostenfinanzierung. Dies bedeutet, dass nicht nur die direkten Kosten abgedeckt werden, die im Forschungsprojekt entstehen, also Personalkosten und technische Ausstattung, sondern auch die indirekten.

Das sind etwa die Energiekosten oder die Wartungskosten für die hochempfindlichen Gerätschaften.

Eine solche Vollkostenfinanzierung ist in vielen anderen Ländern längst üblich und sollte deshalb auch bei uns installiert werden. Ohne Änderung des Finanzierungsschlüssels verschärft sie jedoch die schon jetzt bestehende Ungleichbehandlung der einzelnen Länder.

Rheinland-Pfalz spricht sich deshalb auch in diesem Bereich für einen Systemwechsel aus. Wir wollen das bisherige System der multilateralen Finanzierung der Deutschen Forschungsgemeinschaft als dem größten Drittmittelgeber nach Königsteiner Schlüssel ablösen durch eine Sitzlandfinanzierung durch die Länder.

Die bisherige Praxis ist in höchstem Maße ungerecht. Rheinland-Pfalz bezahlt Jahr für Jahr rund acht Millionen Euro mehr in die DFG ein als es nach dem Länderanteil an den Bewilligungen durch die DFG erhält.

Finanzstarke Länder können die bei der Finanzierung der DFG eingesparten Mittel dazu verwenden, um ihre bereits jetzt schon starken Universitäten noch besser auszustatten. Die finanzschwachen Länder wiederum kommen gar nicht umhin, ihren Hochschulen Mittel zu entziehen, die diesen in den Vorlaufkosten für Forschungsprojekte fehlen.

Würde die multilaterale Finanzierung der DFG durch die Länder mit Hilfe des Königsteiner Schlüssels ersetzt durch eine in anderen Bereichen üblich Sitzlandfinanzierung, stünden wir deutlich besser da. Es ist doch absurd, dass ein Land wie Rheinland-Pfalz so Länder wie Bayern und Baden-Württemberg mit circa 8 Millionen Euro subventioniert.

Auch hier gilt: Wir brauchen dringend fairere Wettbewerbsbedingungen.

5.2.4 Bundesmittel für Hochschulbau

Das gilt im Übrigen auch für die Verteilung der Bundesmittel für den Hochschulbau im Zuge der Föderalismus-Reform. Die Verteilung der Bundesmittel soll nach dem Durchschnittsvolumen der zwischen 2000 und 2003 abgerufenen Mittel erfolgen.

Wer in diesem Zeitraum wenig in den Hochschulbau investiert hat, weil zum Beispiel größere Bauprojekte vor oder nach dem Bemessungszeitraum lagen, erhält künftig

weniger Hochschulbaumittel, als ihm nach der Anzahl der Studierenden zustünde. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss aber doch die eigentliche Bezugsgröße sein. Schließlich sind – von allen beteuert - wachsende Studierendenzahlen die Herausforderung, die diese Republik meistern muss.

Deshalb muss der Verteilungsschlüssel entsprechend geändert werden. Dabei geht es für uns um jährliche Beträge von circa 7 Millionen Euro.

6. Schluss

Rheinland-Pfalz hat in den vergangenen Jahren in der Wissenschaftspolitik einen inhaltlichen und finanzpolitischen Schwerpunkt gesetzt. Wir werden dies auch in Zukunft tun.

Doch nur wenn auf gesamtstaatlicher Ebene in den nächsten Monaten die Weichen richtig gestellt werden, zum Beispiel bei der Umsetzung der Föderalismusreform oder dem Hochschulpakt, wird das deutsche Hochschulsystem als Ganzes, in Lehre und Forschung, in Breiten- und Spitzenförderung, eine positive Entwicklung nehmen.

Und diese Weichenstellung wird entscheidende Auswirkungen auf die Finanzausstattung der rheinland-pfälzischen Hochschulen haben.

Lassen Sie uns alle dafür eintreten.